

Europa zusammenhalten!

Europa zusammenhalten!

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, diskutiert im Bremer Landtag mit Schülerinnen und Schülern.



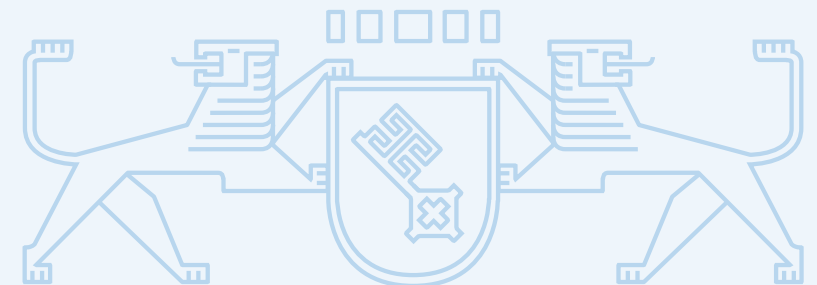
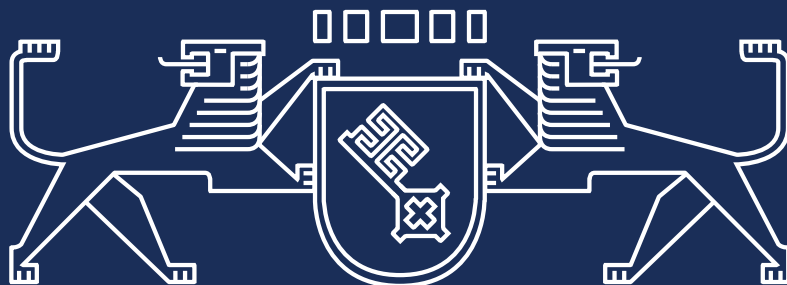
Dokumentation einer Veranstaltung im November 2012
in der Bremischen Bürgerschaft

IMPRESSUM

Bremische Bürgerschaft,
Am Markt 20, 28195 Bremen,
Telefon: 0421 361-4555, Fax: 0421 361-12432.
geschaeftsstelle@buergerschaft.bremen.de

Herausgegeben von der Bremischen Bürgerschaft,
Abteilung Informationsdienste
Februar 2013

Gestaltung: arneolsen.design



Europa zusammenhalten!

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz,

diskutiert im Bremer Landtag
mit Schülerinnen und Schülern.

Dokumentation einer Veranstaltung
im November 2012 in der Bremischen
Bürgerschaft



Ein nicht alltäglicher Tagesordnungspunkt stand am 6. November 2012 auf dem Besuchsprogramm von Martin Schulz, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, in Bremen: Auf Einladung von Bürgerschaftspräsident Christian Weber stellte sich der prominente Gast im Plenarsaal des Landtags vor voll besetzten Besucherrängen den kritischen Fragen von Schülerinnen und Schülern. Präsident Martin Schulz äußerte sowohl Zuversicht als auch Sorgen im Hinblick auf die Zukunft Europas. Seine Antworten wurden zum eindrucksvollen Appell an die Jugendlichen, sich im Namen ihrer eigenen Zukunft für die Sache Europas einzusetzen. „Der Funke sprang über!“, so ein Schüler im Anschluss.

Die 17- oder 18-jährigen Teilnehmenden kamen als Europa-Experten und -Expertinnen in die Bürgerschaft. Sie besuchen das Schulzentrum Utbremen und das Hermann-Böse-Gymnasium, die als sogenannte „Europa-Schulen“ zertifiziert sind. Die Schulen pflegen Kontakte zu internationalen Partnern, fördern den bilingualen Unterricht, behandeln schwerpunktmäßig Themen der Europapolitik und organisieren Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung und zum Teil prominenten Gästen. Der Titel „Europaschule“ wird von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft verliehen.

Die vorliegende Dokumentation ist eine nur wenig bearbeitete Originalabschrift einer Tonaufzeichnung. Sie enthält die Grußworte der beiden Präsidenten Weber und Schulz sowie die anschließende Fragestunde. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Chefin des Protokolls, Dr. Anja Eckhardt und der stellvertretenden Pressesprecherin der Bürgerschaft, Beate Ramm.

Die Einladung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, mit Jugendlichen zu diskutieren, steht in einer langen Tradition engagierter Arbeit mit Jugendlichen im Bremischen Parlament, die ein persönliches Anliegen von Bürgerschaftspräsident Christian Weber ist. So führt die Bremische Bürgerschaft bereits seit vielen Jahren die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ durch, ein Planspiel mit Anbindung zu echten landespolitischen Entscheidungsprozessen. Außerdem ist die Bremische Bürgerschaft Förderin und Veranstaltungsort der Ausscheidungen im Wettbewerb „Jugend debattiert“.

Grußwort des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft



Präsident
Christian
Weber

Präsident Weber: Liebe Schülerinnen, liebe Schüler, ganz herzlich Willkommen heute Morgen in der Bremischen Bürgerschaft! Ich freue mich, dass die Ränge so großartig besetzt sind. Ich hoffe, Sie werden heute spannende eineinhalb Stunden erleben und den Präsidenten des Europäischen Parlaments mit Ihren Fragen herausfordern.

Sehr geehrter Herr Präsident Schulz, herzlichen Dank, dass Sie heute in dieses Parlament gekommen sind! Dass der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, Bremen eine Visite abstattet, ist eine besondere Auszeichnung für die Freie Hansestadt Bremen. Ganz herzlich Willkommen hier in unserer Stadt, in unserem kleinen Bundesland!

Ich will es kurz machen. Wir feiern am Donnerstag das 25-jährige Jubiläum der Bremer Vertretung in Brüssel. Das Bundesland Bremen war eines der ersten Länder, das sich damals, als das Europäische Parlament zum ersten Mal gewählt wurde, in Brüssel niedergelassen hat.

Sie haben vielleicht mitbekommen, dass wir in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren eine Stärkung der Parlamente erfahren haben, auch gerade des Europäischen Parlaments. Das ist wichtig, und das ist gut. Wir haben eine zum Teil auch unschöne Diskussion gehabt über das Zusammenleben der Staaten in der Europäischen Union. Manche Politiker sagten, die Griechen müssten hinaus, weil sie nicht ordentlich wirt-

schaften könnten, und andere sagten, die Griechen müssten bleiben. Diese Themen haben Sie sicherlich in den letzten Monaten auch in den Medien verfolgt. Das ist nicht das Europa, das wir wollen. Wir wollen ein großes und starkes Europa, und dazu gehören eben auch die Länder, die vielleicht nicht so stark in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung sind.

Europa ist allein deshalb schon ein riesiger Erfolg, weil wir hier seit mehr als 60 Jahren in Frieden und Wohlstand leben können.

Die Generation meiner Eltern hat Europa anders erlebt. Sie hat Europa als ein Europa des Streits und der Kriege erlebt, und das wollen wir nicht mehr. Europa ist allein deshalb schon ein riesiger Erfolg, weil wir hier seit mehr als 60 Jahren in Frieden und Wohlstand leben können. Das konnten die Generationen vor uns nicht! Frieden in Europa ist eine sehr wichtige Voraussetzung dafür, dass wir zusammenwachsen und die Grenzen nicht mehr so sind, wie sie früher einmal waren. Das ist ja auch für Sie wichtig. Sie fahren selbstverständlich nach Frankreich und brauchen nicht Ihren Pass vorzuzeigen und die Grenzkontrollen zu überstehen, wie ich das noch in meiner Jugendzeit erleben musste.

Ich freue mich, dass Sie sich gut vorbereitet haben, ich bin sehr gespannt, wie es ablaufen wird, und ich hoffe, dass der Präsident des Europäischen Parlaments gestählt ist durch die vielen Jahre der Arbeit und des politischen Wirkens im Europaparlament. Er hat als Parlamentarier dem einen oder anderen Chef der Regierungen Europas auch einmal gezeigt, wo „Bartl den Most herholt“ und wie man sich im Europäischen Parlament zu benehmen hat. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung und auf Ihre Fragen, und ich bitte jetzt Herrn Präsident Schulz um ein kurzes Grußwort.



© Foto Strauch

Präsident
Martin
Schulz

Präsident Schulz: Herr Präsident der Bremischen Bürgerschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete der Bremer Schulen, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Das ist für mich ein besonderer Tag, Bremen ist eine besondere Stadt. Ich bin gestern hier angekommen und habe am Abend schon eine intensive Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern gehabt über die Fragen: In welchem Zustand sind die EU und Europa? Wie kommen wir aus dieser Krise heraus? Was ist das überhaupt für eine Krise, in der wir leben?

Ich freue mich auf die Debatte heute Morgen sehr. Meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, ich bin jetzt knapp 57 Jahre alt. Wenn ich noch einmal so lange leben sollte, wie ich jetzt schon gelebt habe, müsste ich 114 Jahre alt werden. Ich glaube, das schaffe ich nicht. Demnach ist der größte Teil dessen, was ich an Lebenszeit zur Verfügung habe, abgelaufen. Deshalb möchte ich mit einem Zitat des englischen Schriftstellers George Bernard Shaw beginnen. Er hat einmal einen tollen Satz gesagt: „Hütet Euch vor alten Männern, denen ist die Zukunft egal.“ Das ist vielleicht ein sehr harter Satz, aber darin ist etwas Wahres: Man neigt in einem bestimmten Alter dazu zu sagen, ich kann ohnehin nichts mehr ändern, deshalb lasse ich die Dinge laufen.

Genau das dürfen wir nicht machen, man darf die Dinge nicht laufen lassen! Herr Präsident Weber hat gesagt, dass das Europa, das wir heute haben, eine Schöpfung

unserer Elterngeneration und vielleicht schon Ihrer Urgroßeltern ist. Das Europa des 21. Jahrhunderts aber ist Ihre Schöpfung, es ist Ihre Zukunft. Wenn wir über Europa im 21. Jahrhundert diskutieren, dann diskutieren wir über Ihre Zukunft, nicht mehr über meine. Die Frage zum Beispiel, ob wir für Sie, wenn Sie Ihre berufliche, universitäre oder schulische Ausbildung beendet haben, Arbeitsplätze finden, die so bezahlt sind, dass Sie aus einer achtstündigen Arbeit ein anständiges Gehalt beziehen, von dem Sie würdig leben und, wenn Sie eines Tages Familien gegründet haben werden, Ihre Kinder davon ernähren können und ihnen dann eine vernünftige Berufsausbildung garantieren können, so, wie Ihre Eltern versuchen, Ihnen selbst eine Berufsausbildung zu garantieren, und so, wie der Staat heute versucht, Ihnen eine vernünftige schulische Ausbildung zu garantieren.

Das alles wird davon abhängen, wie wir uns nicht als Deutsche oder Bremer aufstellen, sondern als Europäerinnen und Europäer in den weltweiten Beziehungen, in denen wir uns befinden. Die Frage ist in der Zukunft nicht mehr, ob die Freie und Hansestadt Hamburg und die Freie Hansestadt Bremen oder das Land Nordrhein-Westfalen oder die Bundesrepublik Deutschland bestehen kann im Verhältnis zu China, Indien, den Vereinigten Staaten von Amerika oder Lateinamerika – übrigens auch Afrika oder Südostasien –, sondern die entscheidende Frage ist, ob wir das in der Gemeinschaft von 500 Millionen Menschen in Europa packen.

Im Jahr 2040, wird die größte Volkswirtschaft Europas, die deutsche, weniger als ein Prozent der Erdbevölkerung sein.

Ich will versuchen, an zwei Zahlenbeispielen klar zu machen, wovon ich rede. China hat 1,3 Milliarden Einwohner und Indien hat 1,1 Milliarden. Diese beiden Nachbarländer stellen ein Drittel der Erdbevölkerung. Deutschland hat 82 Millionen Einwohner, die Tendenz ist sinkend. Sie werden das Jahr 2040 hoffentlich alle sehr wahrscheinlich erleben. Im Jahr 2040, sagen uns die Statistiker, wird die Erde 8 Milliarden Einwohner haben, und Deutschland 76 Millionen. Die größte Volkswirtschaft Europas, die deutsche, wird dann weniger als ein Prozent der Erdbevölkerung sein.

Dieses Land wird dann nicht allein in der Lage sein, die ökonomischen und handelspolitischen Herausforderungen zu bestehen, die übrigens extrem wichtig sind, weil unser Land wie kaum ein anderes Land vom Handel lebt. Das betrifft diese Stadt auch, und Bremen ist eine jahrhundertealte Handelsstadt! Länder wie Indien und China, Lateinamerika - Brasilien und Mexiko -, Japan oder Indonesien, über das in Deutschland keiner spricht und von dem kaum jemand weiß, wo es liegt, das aber

250 Millionen Einwohner hat, also mehr als dreimal so viel wie die Bundesrepublik Deutschland - die Frage, ob wir mit diesen Ländern auf gleicher Augenhöhe diskutieren, arbeiten und Handel treiben werden können, ist eine Frage Ihres Lebenszeitraums. Ich wage die These: Wenn wir uns nicht zusammenschließen in Europa mit der Kraft von 500 Millionen Menschen, dann werden wir das nicht packen!

Ein zweites Problem – ich weiß, die Zeit drängt –, über das ich dann gern auch mit Ihnen diskutieren würde, ist der Klimawandel. Er bedroht nicht mehr mich, sondern er bedroht Sie und Ihre Kinder. Wenn wir uns den gleichen CO₂-Ausstoß erlauben, den wir uns als Europäer oder den sich die Vereinigten Staaten von Amerika heute erlauben, und es zulassen – möglicherweise können wir es gar nicht verhindern –, dass zum Beispiel jeder Chinese und Inder ein oder vielleicht auch zwei Autos fährt, ihre Kinder auch noch eines, und noch dazu ein Motorrad, Moped oder Mofa, einen Flachbildschirm, eine Tiefkühltruhe besitzt und mit dem Last-Minute-Flieger noch an den letzten Urlaubsort dieser Welt fliegt – wenn der gleiche Lebensstandard, den wir alle für uns wie selbstverständlich in Anspruch nehmen, mit den gleichen Umweltbelastungen im 21. Jahrhundert auch auf anderen Kontinenten mit Milliarden Menschen so betrieben wird, dann können Sie davon ausgehen, dass das Ende dieses Planeten irgendwann absehbar ist. Die Fragen sind also: Schaffen wir die ökologische Wende und den Klimawandel? Bringen wir andere Teile dieser Erde dazu, unsere umweltpolitischen Vorstellungen zu akzeptieren, oder werden wir als Europäer zum Spielball ökonomischer und umweltpolitischer Strategien, die ganz anders sind als unsere? Zu guter Letzt: Wollen wir unsere Menschenrechte, die unsere Gesellschaften prägen, verteidigen?

Wenn wir nicht wollen, dass die Menschenrechte unter die Räder kommen und der niedrigste Umweltstandard und der geringste Respekt vor den Grundrechten der Menschen zum Vorteil im Wettbewerb werden, dann müssen wir unser Gesellschaftsmodell, unsere Rechte, Ihre Rechte verteidigen.

Diese Fragen stehen auf der Tagesordnung, zum Beispiel die Frage, warum in anderen Teilen der Erde billiger produziert wird als bei uns. In Bremen gibt es ordentliche Gerichte, in denen es einen fairen Prozess gibt, in Bremen gibt es keine Todesstrafe, in Bremen gibt es auch keine Folter. In Bremen gibt es Gewerkschaften, die Tarifverträge aushandeln können, in Bremen gibt es den Acht-Stunden-Arbeitstag, in Bremen gibt es garantierte Grundrechte für jeden Einzelnen von Ihnen.

In anderen Teilen dieser Erde schalten Regierungen das Internet ab, wenn ihnen die Opposition nicht gefällt, werden Menschen gefoltert, wenn sie für anständige Löhne demonstrieren, gibt es tausende Hinrichtungen auch ohne Urteil, wird die Umwelt hemmungslos zerstört, damit die Produktion billig ist.

Wenn wir nicht wollen, dass die Menschenrechte unter die Räder kommen und der niedrigste Umweltstandard und der geringste Respekt vor den Grundrechten der Menschen zum Vorteil im Wettbewerb um die industrielle Produktion oder die Dienstleistungen wird, dann müssen wir unser Gesellschaftsmodell, unsere Rechte, Ihre Rechte verteidigen. Das schafft ein Land allein heute in der Welt nicht mehr, das werden wir nur schaffen, wenn wir uns in Europa zusammenschließen. Deshalb kämpfe ich als Präsident des Europäischen Parlaments dafür, dass wir Europa zusammenhalten und wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Jetzt freue ich mich auf die Debatte mit Ihnen. – Vielen Dank!



© Carmen Jaspersen

„Wenn wir über Europa im 21. Jahrhundert diskutieren, dann diskutieren wir über Ihre Zukunft, nicht mehr über meine.“

1. Eurokrise

1. Frage des Schulzentrums Utbremen

■ **Pawel M. Semenyuk (Schulzentrum Utbremen):** *Die EU-Staaten, deren Wirtschaft dringend Wachstum und Aufschwung benötigen, sind zum Sparen verurteilt. Wie kommen diese Länder aus dem Teufelskreis heraus?*

Wachstumsstimulierende Investitionen, insbesondere zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit das fordere ich seit langer Zeit.

■ **Präsident Schulz:** Sicher nicht, indem wir nur sparen. Sparen ist wichtig und auch eine Frage der Gerechtigkeit, übrigens auch der Generationengerechtigkeit. Ich finde nicht, dass meine Generation das Recht hat, sich so zu verschulden, dass Sie und Ihre eventuellen Kinder noch für meine Schulden bezahlen müssen. Sparen ja, aber keine Volkswirtschaft wird sich auf Dauer erholen, wenn nur gespart wird. Deshalb brauchen wir wachstumsstimulierende Investitionen, insbesondere zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Das fordere ich seit langer Zeit und hoffe seit dem letzten Treffen der Staats- und Regierungschefs im Juni und jetzt noch einmal im Oktober in Brüssel, dass das 120 Milliarden Euro schwere Wachstumsprogramm, das dort beschlossen worden ist, insbesondere in Griechenland, aber auch in Spanien und Portugal, besonders zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt wird.

■ **Imogen Wilkins:** *Sie haben gerade gesagt, dass zum Sparen auch Gerechtigkeit gehört. Ich finde aber, die Frage ist eigentlich eher, wer das ist, der dann zum Beispiel in Griechenland spart. Das sind oft nicht diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind, sondern Arbeitnehmer, die dann teilweise mit Geld auskommen müssen, das eigentlich nicht für einen angemessenen Lebensstandard ausreicht. Was sagen Sie dazu?*

Wenn Sie hier in Bremen auf dem Markt ein Kilo Äpfel kaufen, müssen Sie Mehrwertsteuer dafür bezahlen, wenn Sie an der Frankfurter Börse ein Aktienpaket kaufen, bezahlen Sie keine Mehrwertsteuer!

■ **Präsident Schulz:** Um sehr präzise zu sein, wiederhole ich noch einmal, was ich in der Antwort an Ihren Kollegen gesagt habe. Sparen ist eine Frage der Generationengerechtigkeit – ich hoffe, das ist klar. Wir können uns nicht so hoch verschulden, dass Sie und die nachfolgenden Generationen noch für unseren Lebensstandard zah-

len müssen. Das hat aber nichts mit dem anderen Teil zu tun, den Sie berechtigterweise angesprochen haben, nämlich dass die Lastenverteilung bei der Bewältigung der Krise ungerecht ist. In einem Land wie Griechenland gibt es Menschen – ich habe das selbst in Athen gesehen –, die in Mülltonnen nach Essen wühlen, und es gibt superreiche Griechen, die in der Zwischenzeit ihr Geld aus dem Land auf Konten in Steueroasen bringen und damit zum Teil die teuersten Wohnungen in London kaufen konnten.

Das ist nicht gerecht und deshalb bin ich der Meinung, dass wir ein Steuerfluchtabkommen der Europäischen Union zum Beispiel mit der Schweiz oder mit Singapur brauchen, damit diejenigen, die an der Krise ursächlich verdient haben – spekulative Fonds, Banken und Versicherungsgesellschaften –, beteiligt werden. Wir brauchen im Übrigen auch eine Finanztransaktionssteuer. Das heißt im Klartext nichts anderes als, wenn Sie hier in Bremen auf dem Markt ein Kilo Äpfel kaufen, müssen Sie Mehrwertsteuer dafür bezahlen, wenn Sie an der Frankfurter Börse ein Aktienpaket kaufen, bezahlen Sie keine Mehrwertsteuer! Ursächlich an der Krise beteiligt waren vor allen Dingen spekulative Fonds und Banken, die über Jahre Profite gemacht haben, und die sollen jetzt gefälligst auch an der Bewältigung der Verluste, die sie mit verursacht haben, beteiligt werden.

■ **Bernhard Borchers (Schulzentrum Utbremen):** *Im Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 wurde festgelegt, dass kein Staat für die Schulden anderer Staaten haften muss, die sogenannte No-Bailout-Klausel. Wie kann dieses Problem nach Ihrer Auffassung überwunden werden? Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang das strikte Nein zum Beispiel von Vertretern Ihrer Partei zu den sogenannten Euro-Bonds?*

Natürlich übernehmen wir zurzeit für andere Länder Schulden, das hat es übrigens immer gegeben.

■ **Präsident Schulz:** Ich versuche, die Frage in den zwei Teilen, in denen Sie sie gestellt haben, zu beantworten. Zunächst zur Frage der No-Bailout-Klausel: Papier ist geduldig! Das ist meine Antwort auf das, was in diesem Vertrag steht. Natürlich übernehmen wir zurzeit für andere Länder Schulden, das hat es übrigens immer gegeben. Ich empfehle einmal nachzulesen, was die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in den Siebzigerjahren unter Führung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt gemacht hat! Wir erinnern uns noch sehr gut daran, dass in der „Tagesschau“ gesagt wurde, ich zitiere: „Die Bundesbank hat heute zur Stützung der italienischen Lira massiv Lira vom Markt aufgekauft.“ Das war nichts anderes als die Stützung des italienischen Staates mit deutschem Geld.



„Solidarität
zwischen
Völkern ist das
wesentliche
Prinzip der
europäischen
Einheit.“

Die Antwort auf Ihre zweite Frage: Die Zeitung „Handelsblatt“ hat mich vor zwei Monaten als den „letzten Bondianer“ bezeichnet. Das fand ich nett, denn ich bin für Euro-Bonds und bleibe dabei, auch wenn in meiner Partei Leute zwischenzeitlich eine andere Meinung haben. Ich glaube, dass die Solidarität innerhalb von Völkern und zwischen Völkern das wesentliche Prinzip ist, auf das die europäische Einheit begründet worden ist. Dass die Bundesrepublik Deutschland für ihre Staatsanleihen null Prozent Zinsen zahlt – das ist zurzeit der Fall, wir zahlen, wenn die Bundesrepublik Deutschland Geld aufnimmt, keine Zinsen – und Italien sieben Prozent Zinsen, mag für Nationalisten schön sein, die dann sagen, schaut einmal, wir sind die Besseren.

Volkswirtschaftlich ist es aber dramatisch, denn wenn Italien zusammenbricht, ist die deutsche Volkswirtschaft massiv davon betroffen. Deshalb wäre es sinnvoller, wir hätten einen moderaten Anstieg der Zinsen in Deutschland, den wir uns nach meinem Dafürhalten leisten könnten, und Italien würde eine beträchtliche Absenkung seiner Zinslasten erreichen. Das gilt für Spanien oder andere Länder genauso. Das ist der Grund, warum ich glaube, dass Euro-Bonds ein Instrument wären, um die Ungleichgewichte, die wir zurzeit in der EU haben, zu bewältigen.

Was machen wir heute? Natürlich ist das, was wir in der EU machen – die Hilfspakete, der europäische Stabilitätsmechanismus, der sogenannte Rettungsschirm –, eine Umgehung der No-Bailout-Klausel. Es geht auch gar nicht anders, weil wir mit allen Mitteln versuchen müssen, den Zusammenbruch unserer Währung zu vermeiden. Deshalb sehe ich die No-Bailout-Klausel im Vertrag von Maastricht, aber ich sehe auch den Druck, unter dem die Regierungschefs und die Parlamente stehen, um einen drohenden spekulativen Angriff gegen unsere Währung abzuwehren. Dazu gehört, dass man schwache Staaten im Währungsverbund stabilisiert.

■ **Julian Plewe (Hermann Böse Gymnasium):** *Wie bewerten Sie den Einfluss und die Macht der Rating-Agenturen auf Europa und ihre Neutralität auch im Hinblick auf fehlerhafte Ratings in der Vergangenheit, die große Unruhe verursachten? Sind Sie der Meinung, dass es eine europäische Rating-Agentur geben sollte?*

■ **Präsident Schulz:** Zum letzten Teil der Frage: Ja, ich kämpfe im Europaparlament mit meinen Kolleginnen und Kollegen massiv für eine europäische Rating-Agentur. Wir haben sie eigentlich auch schon beschlossen. Sie könnte, wenn sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein bisschen beeilen würden, eigentlich auch schon im weiter im Aufbau sein, als sie es heute ist. Wir brauchen eine europäische Rating-Agentur. Warum? Damit komme ich zum ersten Teil Ihrer Frage. Es kann doch nicht sein, dass ganze Volkswirtschaften und Staaten davon abhängen, was irgendwelche Leute, die in New York sitzen, über die Volkswirtschaft dieser Staaten sagen. Gestern gab es ein interessantes Urteil. Ein Gericht in Australien hat eine amerikanische Rating-Agentur zu Schadenersatz verurteilt, weil sie ein Finanzprodukt mit AAA, also der höchsten Bewertungsstufe, bewertet hatte, das in Wirklichkeit ein Windei war. Gemeinden in Australien, die Geld darin angelegt und Papiere gekauft hatten, haben Millionen verloren. Nebenbei bemerkt, die Rating-Agentur Standard & Poor's in New York hat, kurz bevor Leman Brothers, eine der größten amerikanischen Banken, im Jahr 2008 pleite ging – das war der Beginn der großen Krise, die wir hatten –, die Finanzprodukte dieser Bank mit AAA bewertet. Ich weiß nicht, wem diese Rating-Agenturen gehören, nach welchen Kriterien sie Volkswirtschaften und Finanzprodukte bewerten und wer die Auftraggeber dieser Bewertungen sind.

Es kann nicht sein, dass in Europa ganze Staaten und ganze Unternehmen davon abhängen, was anonyme Rating-Agenturen in New York entscheiden.

Es kann also nicht sein, dass in Europa ganze Staaten und ganze Unternehmen davon abhängen, was irgendwelche anonymen Agenturen in New York entscheiden. Deshalb rate ich den Europäern, das zu tun, was Präsident Obama gemacht hat. Die Amerikaner wurden von einer amerikanischen Rating-Agentur abgewertet – „down graded“, wie das auf Neudeutsch heißt –, und Präsident Obama hat gesagt, schönen Dank, ich nehme es zur Kenntnis, und jetzt machen wir weiter. Die Tatsache, dass wir immer wie das Kaninchen vor der Schlange der Bewertungen dieser Rating-Agenturen sitzen, ist unsere eigene Schuld. Deshalb brauchen wir europäische Rating-Agenturen. Wir sollten uns nicht von anonymen Mächten in New York vorschreiben lassen, wie wir zu wirtschaften haben.

■ **Julian Plewe (Hermann Böse Gymnasium):** *Ich frage mich natürlich, wie die Glaubhaftigkeit einer europäischen Rating-Agentur zu bewerten ist, wenn Europäer sich praktisch selbst bewerten, wenn sie von den Staaten beschlossen wird. Es erweckt einfach für Anleger, würde ich sagen, den Eindruck, dass sich die Staaten selbst bewerten. Wie sehen Sie das?*

■ **Präsident Schulz:** Das ist ein sehr berechtigter Einwand. Deshalb braucht man, wenn man eine europäische Rating-Agentur aufbaut, Kriterien, die man definieren muss. Wie wird sie aufgebaut? Wer sitzt in der Rating-Agentur? Wen schicken die Staaten dorthin? Ist es überhaupt eine staatliche Institution, oder organisiert man es privat, aber im Auftrag von Staaten? Das ist schon einmal die erste Frage.

Zweitens, die Kriterien nach denen bewertet wird: Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel. Wenn Sie oder Ihre Eltern Geld in einem Aktienpaket anlegen, das mit „sehr gut, sehr stabil, sehr gewinnbringend“ bewertet wird, in dem sich aber Aktien oder Investitionspapiere befinden, die auf Nahrungsmittelspekulationen aufbauen, wo also dadurch Gewinne erzielt werden, dass die Nahrungsmittelmenge reduziert und dadurch die Nahrungsmittelpreise steigen – das ist bekanntlich für uns kein Problem, dann wird es im Supermarkt ein bisschen teurer, aber in anderen Teilen dieser Erde könnte das zu Hungerkatastrophen führen – würden Sie ein solches Aktienpaket kaufen wollen?

■ **Julian Plewe (Hermann Böse Gymnasium):** *Wahrscheinlich nicht!*

■ **Präsident Schulz:** Sehen Sie! Wenn die Rating-Agentur aber dazu verpflichtet wäre, den Anlegern zu sagen, in Europa müssen sie, wenn sie bewertet werden, offenlegen, was in ihrem sogenannten Portfolio enthalten ist, dann hätten Sie schon einmal ein Kriterium, das Sie in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht haben: Transparenz, Erkennbarkeit! Ich sehe Ihren Einwand, man muss schauen, dass man sich nicht selbst gute Noten ausstellt, obwohl man eigentlich schlecht ist. Deshalb ist die Grundvoraussetzung, dass wir zunächst einmal darüber diskutieren, nach welchen Kriterien und Prinzipien eine europäische Rating-Agentur Volkswirtschaften oder Finanzprodukte beurteilt. Wenn wir uns auf die Kriterien geeinigt haben – auf neutrale Kriterien, die nicht politisch beeinflussbar sind, dass man also eine Unabhängigkeit für diese Rating-Agentur garantiert –, dann bekommen wir das, glaube ich, hin.

■ **Tom-Eric Grieme (Schulzentrum Utbremen):** *Es wird vor allem im Ausland kritisiert, dass in Deutschland bezogen auf Europa zu nationale, egoistische Interessen herrschen. Ist diese Auffassung erstens aus Ihrer Sicht gerechtfertigt und kann man*

zweitens davon sprechen, dass Deutschland eine europäische Einheit möglicherweise nur halbherzig anstrebt? Welche Folgen könnte diese vom Ausland empfundene Europaskepsis Deutschlands haben?

■ **Präsident Schulz:** Haben Sie keine leichtere Frage? Das ist sicher eine schwere Frage, und ich muss versuchen, in der Kürze, die mir auferlegt ist, zu antworten. Wenn man mich jetzt von der Kette lassen würde, könnte ich eine Stunde darüber reden, aber ich versuche, es einmal ganz kurz zu machen.

Deutschland ist ein sehr solidarisches Land. Die Bundesrepublik Deutschland verbürgt in allen europäischen Rettungs- und Stabilitätssystemen fast 400 Milliarden Euro an Garantien, Bürgschaften und Sicherheiten. Der Bundeshaushalt beträgt etwa 350 Milliarden Euro. Das heißt, wir verbürgen rund 50 Milliarden mehr als einen jährlichen Haushalt der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir das einmal zugrunde legen, kann man sicher zu dem Ergebnis kommen, dass Deutschland ein sehr solidarisches Land ist, das sich sehr proeuropäisch verhält.

Ich glaube, dass das wiederum etwas mit einer Debatte bei uns im Land zu tun hat, nämlich dass so getan wird, als wäre die Hilfsleistung, die Deutschland erbringt, ein Akt der Mildtätigkeit.

Deshalb muss man anders herum fragen: Warum wird das eigentlich in Europa nicht so wahrgenommen? Warum demonstrieren in anderen Ländern Europas – in den Hauptstädten Athen und Madrid – die Leute mit antideutschen Plakaten, obwohl wir eigentlich solidarisch sind? Das ist die Frage, über die wir diskutieren müssen: Warum wird das, was wir tun – und wir tun eine Menge –, in anderen Ländern Europas nicht so wahrgenommen? Ich glaube, dass das wiederum etwas mit einer Debatte bei uns im Land zu tun hat, nämlich dass so getan wird, als wäre die Hilfsleistung, die Deutschland erbringt, ein Akt der Mildtätigkeit.

Unsere Volkswirtschaft ist darauf angewiesen, dass die EU stabil bleibt.

Ich würde mir eine Diskussion darüber wünschen, warum wir die großen Risiken eigentlich eingehen. Doch nicht etwa, weil wir sozusagen eine Spende für die armen Verwandten im Süden machen, sondern weil die Stabilisierung der Eurozone für kaum ein anderes Land wichtiger ist als für die Bundesrepublik. Wir sind ein Land, das 35 Prozent seines Bruttonettoprodukts, also 35 Prozent der gesamtwirtschaftlichen



© Carmen Jaspersen

„Ich bin für diese Risiken, weil ich weiß, wenn wir sie nicht eingehen würden, wären die Folgen dramatischer.“

Leistung unseres Landes, exportiert. 35 Prozent kommen aus dem Export, und 60 Prozent unserer Exporte gehen in die Europäische Union. Das heißt, unsere Volkswirtschaft ist darauf angewiesen, dass die EU stabil bleibt. Deshalb würde ich mir wünschen, die Debatte in Deutschland wäre so, dass wir den Menschen in unserem Land sagen – das ist hauptsächlich, glaube ich, eine Aufgabe der Regierung dieses Landes –, ja, wir gehen enorme Risiken ein.

Ich will das hier einmal sagen: Ich schlafe auch manchmal nicht gut, wenn ich mir überlege, dass wir 400 Milliarden Euro garantieren. Das ist eine enorme Summe. Ich finde, die Menschen in diesem Land haben einen Anspruch darauf, dass die Politikerinnen und Politiker sagen, warum sie das tun. Ich will das hier gern tun. Ich bin für diese Risiken, weil ich weiß, wenn wir sie nicht eingehen würden, wären die Folgen wahrscheinlich unverhältnismäßig dramatischer. Weil diese Debatte, glaube ich, in unserem Land nur unzureichend geführt wird, entsteht der Eindruck, der in Ihrer Frage zum Ausdruck kam. Ich glaube allerdings nicht, dass Deutschland ein euroskeptisches Land ist, im Gegenteil, die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land findet, dass die Idee von Europa, die Solidarität zwischen Völkern, der richtige Weg zur Stabilisierung von Wohlstand und Frieden ist.

■ **Ömür Özdemir (Schulzentrum Utbremen):** Welche Folgen würden sich für Deutschland ergeben, wenn wir die Eurozone verlassen, zurück zur D-Mark gehen und uns nicht an der Vergemeinschaftung der Schulden der EU beteiligen?

■ **Präsident Schulz:** Es ist im Prinzip eine Frage, Herr Özdemir, die in die gleiche Richtung geht, wie das, was Ihr Vorredner gefragt hat. Die Bertelsmann Stiftung hat

vor wenigen Tagen eine Studie zu der Frage vorgelegt, was passieren würde, wenn die Eurozone auseinanderbräche. Nehmen wir einmal an, wir hätten wieder die D-Mark. Das würde bedeuten, es gäbe in Österreich wieder den Schilling, in Frankreich, Belgien und Luxemburg den Franc, in den Niederlanden den Gulden, in Italien die Lira, in Spanien die Peseta, in Portugal den Escudo, in Griechenland die Drachme – -. Kann ich jetzt einmal aufhören?

Der Aufwertungsdruck, wie das bei den Volkswirtschaftlern heißt – das heißt, der höhere Wert der Deutschen Mark im Verhältnis zu diesen Währungen –, läge wahrscheinlich zwischen 25 und 30 Prozent. Das heißt im Klartext, deutsche Produkte würden sich um 25 bis 30 Prozent verteuern, und in einem exportorientierten Land wie unserem kann man sich ausrechnen, was das bedeutet. Die Produkte anderer Länder sind dann billiger als unsere. Damit bricht vor allem für die mittelständische Wirtschaft in Deutschland der Markt zusammen, der nämlich der europäische Binnenmarkt ist.

Ich will einmal an einem Beispiel klar machen, wovon ich rede. Die großen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland – Volkswagen, Daimler, BASF, Bayer – können auf die Weltmärkte ausweichen, anders als der mittelständische Unternehmer in Bremen, der zum Beispiel als Zulieferer für die Automobilindustrie arbeitet und 500 Mitarbeiter hat. Wenn die Automobile bei Volkswagen in China produziert werden, dann holen die sich die Textilien für die Sitze in China. Wenn sie in Europa produziert werden, holen sie sie sich in Europa.

Das heißt, der europäische Binnenmarkt und dessen Stabilität sind untrennbar mit dem Euro verbunden. Führen wir wieder nationale Währungen ein, bricht der europäische Binnenmarkt insbesondere für uns Deutsche auseinander. Deshalb lassen Sie uns lieber den Euro verteidigen und schauen, dass diese Währung, die eigentlich eine stabile Währung ist, nicht instabil geredet wird. Das ist, glaube ich, für uns besser als die Wiedereinführung nationaler Währungen. Die Folgekosten wären dramatisch.

■ **Katharina Kuhla (Schulzentrum Utbremen):** In der Öffentlichkeit werden immer wieder Stimmen laut, dass zur Rettung des Euro Griechenland aus der EU austreten sollte beziehungsweise sogar hinausgeworfen werden sollte. Ist dies eine denkbare Alternative für die Stabilisierung des Euro beziehungsweise der EU?

■ **Präsident Schulz:** Denkbar ja – denkbar ist alles –, aber es wäre fatal. Diejenigen, die das sagen, wären aber in meinen Augen gut beraten, wenn sie zugleich sagen würden, was passieren würde, oder wenn sie gleichermaßen eine Antwort auf die Frage geben würden, die ich anfüge. Was ist denn, wenn Griechenland draußen ist?

Die Leute argumentieren ja so: Wenn wir die Griechen hinauswerfen, ist der Euro stabilisiert! Was ist jetzt mit Spanien? Was ist mit Portugal? Was ist mit Italien? Es sollte sich niemand eine Illusion machen. Es gibt Leute, die ein großes Interesse daran haben, dass die Eurozone auseinander bricht. Das sind Leute, die zum Beispiel an Finanzplätzen Geld darauf verwetten, dass der Euro auseinander bricht, und die Gewinne einstreichen, wenn der Euro auseinander bricht. Diese Leute wollen gewinnen, sie wollen ihren Wetteinsatz zurückbekommen, also werden sie alles tun.

Wie zwingt man die Eurozone in die Knie? Nicht, indem man Griechenland und am Ende Spanien oder Portugal besiegt. Der spekulative Angriff geht gegen Italien. Italien ist ein G8-Staat. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, was die G8, die großen Acht sind. Vier europäische Staaten sitzen bei den G8: Die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien! Italien gehört zu den acht größten Volkswirtschaften der Welt. Italien zahlt zurzeit für seine Staatsanleihen sieben Prozent Zinsen. Jetzt sinken sie wieder ein bisschen ab, seit der Präsident der Europäischen Zentralbank, Herr Draghi, deutlich gesagt hat: Wir verteidigen den Euro, koste es, was es wolle! Lassen Sie es sein, war die Botschaft an die Spekulanten. Spekulieren Sie nicht auf das Auseinanderbrechen der Eurozone. Wir halten zusammen.

Ich interpretiere den Besuch von Frau Merkel in Athen auch in die Richtung, dass sie sagt, man bekommt uns nicht auseinander getrieben. Ich hätte mir gewünscht, sie wäre etwas eher hingefahren, aber sie war dort. Das ist ein gutes Signal. Seitdem

sinken für andere Staaten die Zinsen, weil die Spekulanten sehen, dass es keinen Sinn hat. Das ist die Reaktion der sogenannten Finanzmärkte. Wenn ich mit Wetten kein Geld verdienen kann, dann verdiene ich es eben wieder mit Reinvestitionen. Seitdem fließt auch wieder Kapital in die Eurozone. Wenn es einmal gelingt, ein Land aus diesem Währungsverbund herauszubrechen, dann ist damit nicht Ruhe, sondern dann ist das nächste Land an der Reihe. Diesen sogenannten Dominoeffekt müssen wir verhindern. Deshalb ist es zwar denkbar, aber meine Antwort ist: Lassen Sie es uns lieber nicht machen! Denken kann man alles, aber machen sollte man es nicht.



■ **Carlotta Duken (Hermann Böse Gymnasium):** *Sie haben es eben schon angesprochen: Wie, glauben Sie, kann man eine Kettenreaktion in der Folge dieser Staatspleiten verhindern und Europa seine Stabilität zurückbringen?*

■ **Präsident Schulz:** Vielleicht eine Ergänzung, weil Ihre Kollegin im Prinzip in die gleiche Richtung gefragt hat. Ein ganz wichtiges Phänomen in der Politik, und in besonderer Weise in der Wirtschaftspolitik, ist das Vertrauen. Das Vertrauen der Menschen in die Stabilität, die Ehrlichkeit und die Belastbarkeit der Aussagen der Politik hat in Europa in den letzten zwei Jahren schweren Schaden genommen. Das ist jedenfalls mein Gefühl. Immer mehr Menschen haben den Eindruck, man kann niemandem mehr vertrauen, einem Politiker sowieso nicht, aber insgesamt kann man den Institutionen nicht mehr vertrauen.

Das Zweite ist das Vertrauen von Investoren. Nehmen wir noch einmal das Beispiel Griechenland: Glaubt denn irgendjemand, dass ein Investor nach Griechenland geht und dort Euro investiert, wenn ich dem sage, heute investieren Sie Euro, aber morgen bekommen Sie vielleicht Drachmen zurück? Das macht doch niemand! Das heißt, wenn wir wollen, dass Investoren wieder Vertrauen gewinnen, dann müssen wir ihnen sagen, das Geld, mit dem Sie arbeiten, ist dauerhaft das Geld in Europa, verlassen Sie sich darauf, dafür sorgen wir. Dann haben Sie auch die Chance, dass Leute zurückkommen.

Eines der größten Probleme bei der Stabilisierung der Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Eines der größten Probleme bei der Stabilisierung der Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Es ist eines der dramatischsten Probleme in diesen Ländern, dass 50 Prozent der jungen Männer und Frauen in diesen Ländern keine Arbeit haben. Das ist katastrophal! Ich kann vielleicht nachher noch einmal ein bisschen erzählen, was das bedeutet. In Ergänzung dazu gibt es aber eine Aufgabe, die wir kurzfristig lösen müssen. Ich hatte in Athen ein Gespräch mit dem Präsidenten der griechisch-deutschen Handelskammer, der mir gesagt hat: Wir haben 300 Projekte, die wir sofort hier umsetzen und sofort junge Leute einstellen könnten. Im Tourismusbereich, bei den Fähren, also den Transporten in Griechenland zwischen den Inseln, ein besonders wichtiger Bereich, der Transport! Im Bereich der erneuerbaren Energien. In Griechenland scheint die Sonne häufiger als in Bremen. Die Solarindustrie ist für dieses Land ein Zukunftsprojekt.

Eine sehr lange Liste! Er sagte mir aber: Wir haben ein Problem, wir bekommen keine Kredite. Keine Bank leiht uns Geld, in Griechenland ohnehin nicht, und keine ausländische Bank investiert in Projekte bei uns!

Eine Maßnahme wäre also, dass wir auf EU-Ebene ein Kreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen in Griechenland auflegen, damit Projekte anlaufen können.

Eine Maßnahme wäre also, dass wir auf EU-Ebene ein Kreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen in Griechenland auflegen, damit diese Projekte anlaufen können. Dann hätte man übrigens auch das, was Ihre erste Frage beinhaltet, nämlich dass einerseits Sparen notwendig ist, aber darüber auch wieder Wachstum geschaffen würde. Über dieses Wachstum kommt dann wieder Geld in Form von Steuerzahlungen in die Staatskasse, was den Haushalt auch entlastet. Verkürzt ausgedrückt: Mit Zweifeln kann man keine Wirtschaft sanieren!

■ **Fabian Schenk (Schulzentrum Utbremen):** *Sollten die Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten beziehungsweise die Länder der Eurozone von einem gemeinschaftlichen Gremium kontrolliert werden, und sollte dieses Gremium bei Bedarf auch Sanktionen gegen die Länder verhängen können dürfen?*

Wir können nicht Regeln aufstellen und dann zulassen, dass die Regeln nicht eingehalten werden!

■ **Präsident Schulz:** Wenn wir in Beantwortung Ihrer Frage einmal den Begriff Gremium dahingestellt lassen – ob das jetzt ein Gremium, eine einzelne Person oder eine Behörde ist, darüber muss man sich einigen –, aber die Antwort ist zweimal ja. Wir können nicht Regeln aufstellen und dann zulassen, dass die Regeln nicht eingehalten werden. Wir leben in dem Wirtschafts- und Währungsraum der Eurozone und der Europäischen Union, aber insbesondere in der Eurozone, alle in einem Boot. Dort erleben wir zurzeit Folgendes: Wenn einer die Regeln nicht einhält und zusammenbricht, zieht er alle anderen mit in den Abgrund!

Wenn ich einmal ein Bild verwenden darf. Wir sitzen in einem Boot und rudern, dann ist da einer, der ständig mit dem Beil ein Loch ins Boot schlägt, und dann sinken wir. Entweder rudern wir zusammen in eine Richtung, oder wir sinken alle gemeinsam. Wie hindere ich den mit dem Beil, der das Loch in den Bootsgrund schlägt, daran? Da kann man ein Gremium schaffen und sagen, wir haben jetzt das Leckschlagungs-

verhinderungsgremium, oder alle anderen sagen, pass einmal auf, Kollege, so läuft das nicht. Man muss am Ende einen haben, der die Einhaltung der Regeln durchsetzen kann. Unser Problem ist – das will ich hier einmal in aller Deutlichkeit sagen: Sie, Herr Borchers, haben, glaube ich, in Ihrer ersten Frage auf die Maastricht-Kriterien hingewiesen. Der Vertrag von Maastricht sah vor, dass man in einem laufenden Haushalt eines Landes drei Prozent Schulden machen darf, und langfristig darf die Staatsverschuldung 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen. Das sind die Maastricht-Kriterien. Im Jahr 2004 gab es zwei Länder, die diese beiden Kriterien – drei Prozent und 60 Prozent Verschuldung - nicht einhielten: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich! Dann gab es aus Brüssel einen sogenannten blauen Brief, also eine Ermahnung: Liebe Leute, Sie halten das nicht ein! Das sind die von ihnen selbst definierten Kriterien!

Der Vertrag von Maastricht sah vor, dass man in einem laufenden Haushalt eines Landes drei Prozent Schulden machen darf, und langfristig darf die Staatsverschuldung 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen. Im Jahr 2004 gab es zwei Länder, die diese beiden Kriterien nicht einhielten: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich!

Da haben der damalige Bundeskanzler Schröder und der französische Staatspräsident Chirac gesagt: Soweit kommt es noch, dass da jetzt einer aus Brüssel kommt und sagt, was wir hier zu tun haben! Wo sind wir denn? Wenn aber die beiden Großen schon die Kriterien nicht einhalten, dann darf man sich nicht darüber wundern, dass die anderen sagen: Was die Deutschen und die Franzosen dürfen, das dürfen wir doch auch! Wenn man also Kriterien aufstellt – und zwar solche, die alle anderen in Gefahr bringen, wenn einer sie nicht einhält –, dann braucht man eine Institution, die darüber wacht, dass die Kriterien eingehalten werden. Deshalb zweimal ja in der Beantwortung dieser Frage.

Darf dieses Gremium oder diese Behörde am Ende in das Haushaltsrecht eines Mitgliedsstaats einwirken, also sitzt dort in Brüssel jemand, der dem Deutschen Bundestag sagt, was er in den Haushalt der Bundesrepublik zu schreiben hat? Nein! In Brüssel kann jemand sitzen, der den Deutschen sagt, dass sie die Defizitkriterien überschreiten. Wie sie dann wieder reduziert werden sollen, ist Sache der Deutschen selbst. Also zweimal ja mit der Einschränkung, dass es keine direkte Intervention in den Bundeshaushalt oder den Haushalt eines Mitgliedslandes geben darf, denn das ist das Recht des jeweiligen Parlaments.

■ **Fabian Schenk (Hermann Böse Gymnasium):** *Halten Sie eine zentrale europäische Bankenaufsicht für sinnvoll? Was verstehen Sie genau unter einer gemeinsamen Einlagensicherung in Europa?*

■ **Präsident Schulz:** Ich halte eine gemeinsame Bankenaufsicht für zwingend erforderlich, weil die mangelnde Aufsicht über Banken und deren Geschäftsgebaren eine der Ursachen der Krise ist, in der wir heute sind. Eine der Konsequenzen aus dieser Krise ist eine einheitliche Bankenaufsicht. Das ist sehr umstritten, weil es in der EU eben Staaten gibt, die Teil der Eurozone sind, und Staaten, die es nicht sind. Dennoch plädiere ich für eine einheitliche Bankenaufsicht.

Ich versuche, es anhand von zwei Beispielen klar zu machen. Schweden ist kein Eurostaat und gehört nicht der Eurozone an, aber in Schweden kommen fast alle der dort aktiven Banken aus Eurostaaten. Also sagt die schwedische Regierung, dass sie unter den gleichen Aufsichtskriterien stehen müssen wie die Banken in der Eurozone. Deshalb will Schweden an Bankenunion teilnehmen. Das zweite Beispiel ist Österreich. Österreich ist ein Eurostaat, aber die Risiken der österreichischen Banken liegen in Ländern, die nicht zur Eurozone gehören, in Ungarn oder der Tschechischen Republik zum Beispiel. Also sagt Österreich, wir brauchen eine einheitliche Bankenaufsicht, weil die Risiken unserer – österreichischen – Banken außerhalb der Eurozone, aber innerhalb der EU liegen. Deshalb plädiere ich für eine einheitliche Bankenaufsicht.

Zur Einlagensicherung. Es muss so sein, dass Banken das Geld, das die Kunden bei ihnen einlegen, nicht so anlegen können, dass es am Ende immer folgendermaßen läuft: Wenn mit den Einlagen spekuliert wird, bekommen die Banken und die Aktionäre die Gewinne, aber wenn Verluste gemacht werden, sind die Leute, die die Einlagen gemacht haben, ihr Geld los. Deshalb ist eine Einlagensicherung, bei der sichergestellt wird, dass in ganz Europa die Menschen, die Geld bei den Banken eingelegt haben, sicher sein können, dass ihr Geld nicht verloren ist, eine zwingende Aufgabe, die wir in ganz Europa regeln müssen. Zur Einlagensicherung gehören auch viele anderen Kriterien, aber ich habe jetzt nicht die Zeit, um das hier ausführlich zu erklären.

Deshalb reduziere ich mich auf die Einlagen von Privatanlegern, also die Oma, die 10 000 Euro auf dem Sparbuch bei der Bank hat. Wenn die Bank sich die 10 000 Euro nimmt, damit irgendwo spekuliert und sechs



„Jede Krise ist immer eine Chance, die richtigen Konsequenzen aus den Ursachen zu ziehen, die zur Krise geführt haben.“

Prozent Gewinn macht, bekommt das die Bank. Wenn die Bank die 10 000 Euro von der Oma genommen, sich irgendwo verzockt hat, und die Bank pleitegeht, dann ist die Oma die 10 000 Euro los. Genau das darf nicht passieren. Deshalb halte ich eine Einlagensicherung insbesondere für kleinere und private Einlagen für zwingend erforderlich. Deutschland hat das im Jahr 2008 übrigens, wie ich finde, vorbildlich gemacht. Herr Steinbrück als damaliger Finanzminister und Frau Merkel als Bundeskanzlerin sind vor die deutsche Öffentlichkeit getreten und haben gesagt, der Staat garantiert bis zu einer bestimmten Höhe die privaten Einlagen. Das hat sehr viel Sicherheit in Deutschland gebracht, und ein solches Vorgehen brächte nach meinem Dafürhalten auch Sicherheit in Europa.

■ **Jasper Johansen (Hermann Böse Gymnasium):** Können Sie die momentane Krise, in der wir uns befinden, auch als Chance für eine engere Kooperation zwischen unseren Mitgliedsstaaten begreifen? Wenn ja, wie könnte diese Ihrer Meinung nach aussehen?

Jede Krise ist immer eine Chance, die richtigen Konsequenzen aus den Ursachen zu ziehen, die zur Krise geführt haben. Wir könnten aus dieser Krise herauskommen, indem wir uns endlich dazu entschließen zu definieren, was die Aufgabe der EU im 21. Jahrhundert ist und uns fragen, ob die Europäische Union eine eigene Regierung braucht, die sich auch so nennt.

■ **Präsident Schulz:** Ich begreife diese Krise auch als Chance. Jede Krise ist immer eine Chance, die richtigen Konsequenzen aus den Ursachen zu ziehen, die zur Krise geführt haben. Wir könnten aus dieser Krise herauskommen, indem wir uns endlich dazu entschließen zu definieren, was die Aufgabe der EU im 21. Jahrhundert ist und was nicht. Für die Aufgaben, die wir auf die EU übertragen – ich habe in meinen Einführungsbemerkungen einige genannt: internationaler Handel, Umwelt, Migration, Währung, Spekulationsbekämpfung, der Kampf gegen organisierte Kriminalität und etliche andere Bereiche –, sollten wir endlich die Konsequenz ziehen und uns fragen, ob die Europäische Union eine eigene Regierung braucht, die sich auch so nennt.

Diese Regierung sollte durch das Europäische Parlament gewählt werden, damit Bürgerinnen und Bürger, wenn sie an der Europawahl teilnehmen, ihre Stimme für den Regierungschef der Europäischen Union abgeben, der durch dieses Parlament gewählt wird und dann am Ende auch Handlungsbefugnis hat. Zum Beispiel die Handlungsbefugnis, die Kriterien durchzusetzen, wenn ein Land sie nicht einhält, und sich für die Maßnahmen, die es dafür ergreift, vor einem Parlament verantworten muss.

So, wie sich der Bremer Bürgermeister und Senatspräsident vor diesem Haus rechtfertigen muss, warum er diese oder jene Maßnahme ergriffen hat, müsste sich ein europäischer Regierungschef dann vor dem Europaparlament für die Maßnahmen verantworten, die er ergriffen hat. Mehr Demokratie und festere Strukturen für die EU wären das, was wir als Konsequenzen aus dieser Krise ziehen müssten. Das ist die Chance, die wir haben.

■ **Malte Liesmann (Schulzentrum Utbremen):** Bundesfinanzminister Schäuble hatte Mitte Oktober den Ausspruch getätigt: „Je tiefer die Krise, desto größer die Chancen!“ Stimmen Sie im Hinblick auf die momentane Finanzkrise diesem Ausspruch zu? Wie stellen sich die Chancen für Europa dar, gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen?

■ **Präsident Schulz:** In diesem Punkt stimme ich Herrn Schäuble zu, je tiefer die Krise, desto größer die Chancen, ganz klar! Wir müssen aus dieser Krise herauskommen, indem wir breit angelegt überall in Europa darüber diskutieren, welches Europa wir eigentlich wollen. Wollen wir ein Europa, in dem es wieder das Prinzip gibt, wenn jeder an sich selbst denkt, ist auch an alle gedacht? Denke ich also grundsätzlich erst einmal an den eigenen nationalen Vorrang? Oder wollen wir ein Europa, in dem wir begreifen – das ist meine Vorstellung von Europa –, dass wir da, wo der einzelne Staat zu schwach ist, sich noch gegen die Bedrohungen im 21. Jahrhundert zu wehren, eine europäische Kompetenz schaffen, die dadurch, dass wir in der Gemeinschaft handeln, den einzelnen Staat besser schützt?

Ich versuche, es einmal mit einem Witz klar zu machen, den der luxemburgische Ministerpräsident Juncker immer erzählt. Er sagt: „Einmal im Jahr treffe ich den chinesischen Staats- und Parteichef. Dann nehme ich ihn in den Arm und sage: ‚Hu, schau einmal, wir zwei mit unseren 1,3 Milliarden Einwohnern sind doch eine richtige Weltmacht!‘“ Damit hat er recht, China und Luxemburg gemeinsam, das ist schon etwas. „Nur“, sagt Herr Juncker, „wenn er wieder in Peking ist, hat er immer noch 1,3 Milliarden Einwohner, und ich 500 000. Wie will ich mit meinem Land im 21. Jahrhundert allein klarkommen?“

Ich glaube, das Europa, das wir brauchen, ist das Europa, das die Konsequenz daraus zieht, dass selbst das 82 Millionen starke Deutschland im Verhältnis zu solchen aufsteigenden Mächten allein zu schwach ist. Die Chance dieser Krise liegt also in mehr europäischer Gemeinsamkeit. 500 Millionen Menschen in den Völkern und Staaten Europas, die sich über die Grenzen hinweg gemeinsame Institutionen geben, mit denen sie die großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts bewältigen, das ist die Konsequenz, die wir aus dieser Krise ziehen müssen.

2. Weiterentwicklung der EU

■ **Jasper Johannsen (Hermann Böse Gymnasium):** *Welchem Zweck dient die Erweiterung der EU, während sie sich in der wirtschaftlichen Krise befindet?*

■ **Präsident Schulz:** Das ist auch wieder so eine Frage, bei der ich fragen muss, ob Sie nichts Leichteres haben. Also, die Erweiterung der EU bleibt auf der Tagesordnung. Wir werden am 1. Juli 2013 mit großer Wahrscheinlichkeit mit Kroatien den 28. Staat aufnehmen. Kroatien ist ökonomisch ein Land, das sicher die Voraussetzungen erfüllt, um Mitglied der EU zu werden. Darüber hinausgehende Erweiterungsrunden beziehen sich zunächst einmal auf die Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien, also Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro. Sie werden sicher nicht in absehbarer Zeit der EU beitreten. Das dauert deshalb so lange, weil diese Staaten bestimmte Kriterien erfüllen müssen, bevor sie beitreten.

**Ich will hier aber auch ganz offen sein.
Die EU selbst ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht
in einem Zustand, in dem sie sich ohne
Weiteres erweitern könnte.**

Ich will hier aber auch ganz offen sein. Die EU selbst ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht in einem Zustand, in dem sie sich ohne Weiteres erweitern könnte. Wir brauchen – das war ja ein Teil der Antworten auf die beiden vorangegangenen Fragen – strukturelle Reformen in der EU, um erweiterungsfähig zu bleiben. Wir sollten nicht übersehen, dass es bei der Erweiterung, wenn es um den sogenannten westlichen Balkan geht, also das frühere Jugoslawien, heute so ist, dass europäische Soldaten in Bosnien-Herzegowina stationiert sind, die dort den Frieden sichern. Wir müssen uns also die Frage stellen: Was ist eigentlich besser, sie in die EU zu holen und durch ökonomische, soziale und politische Integration in die EU die Voraussetzungen für mehr Frieden zu schaffen, oder sie aus der EU herauszuhalten, Instabilität zu akzeptieren, dafür aber Soldaten hinschicken zu müssen? Vor dieser Alternative stehen wir, wenn es um die Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien geht.

**Ich selbst war immer für einen Beitritt
der Türkei zur Europäischen Union,
weil ich die Türkei für ein Schlüsselland halte.**

Darüber hinausgehende Erweiterungen betreffen insbesondere die Frage der Türkei, und das ist sicher eine der kompliziertesten Fragen, die im Erweiterungsprozess auf der Tagesordnung stehen. Ich selbst war immer für einen Beitritt der Türkei zur Eu-

ropäischen Union, weil ich die Türkei für ein Schlüsselland halte. Nebenbei bemerkt ist es das einzige Land, das sowohl im Mittelmeer als auch im Schwarzen Meer eine große Rolle spielt. Beide Regionen sind für die Sicherheit Europas – das Schwarze Meer für die Energiesicherheit – von größter Bedeutung. Es gibt also viele Punkte, an denen man diskutieren müsste, ob die Türkei ganz unabhängig von gesellschaftspolitischen Fragen Mitglied der EU werden sollte.

Wer aber die Rede des Premierministers Erdogan vor einigen Tagen in Deutschland gehört hat: Er hat gesagt, wenn die Türkei bis zum Jahr 2023 nicht Mitglied der EU ist, dann ist Schluss. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, und das liegt nicht nur an der EU – das muss man auch einmal deutlich sagen –, es liegt auch ein bisschen an der Türkei. Das ist nach wie vor ein sehr komplizierter Prozess. Ob und wann die Türkei der EU beitrifft, das vermag ich heute Morgen nicht zu beantworten.

■ **Marco Jedzig (Schulzentrum Utbremen):** *Die EU besteht aus 27 Staaten, von denen 17 auch am Euro teilnehmen, die Dänen und die Teetrinker von der Insel einmal ausgenommen. Ist es denn in der momentanen Krise sinnvoll, noch mehr Staaten in den Euro zu drängen und dadurch die Probleme möglicherweise noch zu verschlimmern?*

■ **Präsident Schulz:** Eine gute Frage! Ja! Mein Problem ist in dieser Fragestunde, dass Sie immer sehr komplizierte Fragen stellen und ich versuchen muss, in der Kürze der Zeit möglichst keine unvollständigen Antworten zu geben. Die Bemerkung über die Bewohnerinnen und Bewohner des Vereinigten Königreichs werde ich jetzt nicht kommentieren.

Ich zitiere einmal Artikel 3 Absatz 4 des EU-Vertrags: „Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.“ Da steht nicht Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande, sondern „die Union“. Also errichten alle EU-Staaten eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist. Nur zwei Länder haben von dieser Regelung eine Ausnahme verlangt, Großbritannien und Dänemark. Alle anderen 25 Staaten der EU sind verpflichtet, den Euro einzuführen. Wir drängen sie also nicht hinein, sondern sie sind verpflichtet, ihn einzuführen.

Ich gebe Ihnen einmal ein konkretes Beispiel. Wissen Sie, welche die am stärksten und dynamischsten wachsende Volkswirtschaft in Europa ist?

■ **Marco Jedzig (Schulzentrum Utbremen):** *Polen!*

Wir sollten lieber darüber diskutieren, wie wir die Polen mit ihrer wirtschaftlichen Dynamik in den Euro holen, anstatt darüber zu diskutieren, wie wir die Griechen hinausdrängen. Das wäre unverhältnismäßig vernünftiger.

■ **Präsident Schulz:** Polen, richtig! Das größte Wirtschaftswachstum in Europa hat zurzeit Polen. Es hat übrigens eine außergewöhnlich proeuropäische Regierung. Der polnische Premierminister Tusk hat völlig unbemerkt – es ist in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen worden – gegen eine der euroskeptischsten Regierungen, die Regierung der Gebrüder Kaczyski, einen ausdrücklich proeuropäischen Wahlkampf geführt und gewonnen. Polen ist ein Land, das in absehbarer Zeit dem Euro beitreten will. Sie haben ungeheure ökonomische Zuwachsraten. Es wäre sinnvoll, wenn dieses Land den Euro verstärken würde, und deshalb ist mein Ansatz immer, dass wir lieber darüber diskutieren sollten, wie wir die Polen mit ihrer wirtschaftlichen Dynamik in den Euro holen, anstatt darüber zu diskutieren, wie wir die Griechen hinausdrängen. Das wäre unverhältnismäßig vernünftiger.

Lettland zum Beispiel ist ein kleines Land, das den Euro bis zum Jahr 2014 einführen will. Lettland hat einen Transformationsprozess hinter sich, den man sich anschauen muss. Die kleinen baltischen Länder, die übrigens mit der Bundesrepublik Deutschland, also dem Ostseeraum, eng verwoben sind - nebenbei bemerkt: Durch die baltischen Staaten entstehen im Ostseeraum die alten Hansebeziehungen wieder, die ja auch für Bremen eine besondere Bedeutung hatten -, gewinnen wieder enorme ökonomische Bedeutung. Das sind Chancen für uns. Lassen wir sie doch in den Euro hinein, wenn sie ihn einführen wollen. Je mehr stabile Volkswirtschaften wir hineinholen, desto besser ist es für die wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb lautet meine Antwort auf Ihre Frage: Ich glaube, wir drängen niemanden hinein, sondern wir sollten die Länder einladen, an dieser stabilen Währung teilzunehmen!

■ **Silvano D'Agostino (Hermann Böse Gymnasium):** *Katalonien gedenkt wieder einmal, sich für unabhängig erklären zu wollen, und auch Schottland wirbt wieder für seine Unabhängigkeit. Ist das nicht auch irgendwie ein Nein an die EU? Welche Konsequenzen könnte das haben, vor allem, da Sie in Ihrer Eingangsrede erwähnten, dass es im Weitblick vor allem auch um die EU und nicht nur um einzelne Länder gehen soll?*

■ **Präsident Schulz:** Wenn Sie sich mit dem Thema befasst haben, werden Sie feststellen, dass gerade die Katalanen und die Schotten sagen, dass sie unbedingt in die



EU wollen. Ich habe eher den Eindruck, dass das katalonische Bestreben, sich selbstständig zu machen, eine Absage an Spanien und nicht an die EU ist. Ich habe eher den Eindruck, dass die schottische Autonomie und das schottische Selbstständigkeitsbestreben eine Absage an England sind. Nicht einmal so sehr an das Vereinigte Königreich, weil der schottische Ministerpräsident Salmond sagt, dass sie die Queen behalten wollen, sondern es ist eine Absage an England.

„Je mehr stabile Volkswirtschaften wir hineinholen, desto besser.“

Um Ihre Frage aber konkret zu beantworten: Wir müssen als Europäer diesen Ländern sagen – also den Katalanen ebenso wie den Schotten –, dass es natürlich ein Selbstbestimmungsrecht gibt. Dieses Selbstbestimmungsrecht läuft im Rahmen der Verfassung der jeweiligen Länder, in Spanien auf der Grundlage der spanischen Bedingungen, und im Vereinigten Königreich auf der Grundlage der dortigen Bedingungen. Dort hat sich Premierminister Cameron erst vor wenigen Tagen mit dem schottischen Regierungschef Salmond auf eine Volksabstimmung geeinigt. Es wird in Schottland eine Volksabstimmung über die Selbstständigkeit geben.

Da gab es eine sehr interessante Sache, die, glaube ich, gar nicht nach Deutschland durchgedrungen ist. Der Chef der Regionalregierung Salmond hat gesagt, er hätte ein Gutachten, aus dem hervorginge, dass Schottland, wenn es sich selbstständig machte, automatisch Mitglied der Europäischen Union würde. Es bräuhete gar keinen Beitrittsantrag zu stellen, es sei automatisch Mitglied der EU. Dann hat ihn die Opposition im Regionalparlament aufgefordert, das Gutachten vorzulegen. Er hat erwidert, es sei geheim, er könne es ihr nicht vorlegen.

Dann gab es vor einem Gericht eine Klage auf Herausgabe dieses Gutachtens. Dann hat Herr Salmond für 100 000 Pfund eine Anwaltskanzlei beauftragt, die Nichtherausgabe des Gutachtens vor Gericht zu verteidigen. Das Gericht hat aber gesagt, er müsse das Gutachten herausgeben. Dann musste er zugeben, dass es das Gutachten gar nicht gab. Das heißt, dieser Mann hat zur Verteidigung eines nicht existenten Gutachtens für 100 000 Pfund einen Anwalt beauftragt. Das ist schon ein starkes Stück, das meiner Meinung nach ein Stück weit bremsend auf diese Selbstständigkeitsbestrebungen wirkt.

Die Zerlegung der einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Union in ihre Einzelteile wäre eine Steigerung der Gefahr, dass sich die EU selbst schon in ihre Einzelteile zerlegt. Deshalb bin ich für ein hohes Maß an Autonomie.

Die Zerlegung der einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Union in ihre Einzelteile wäre eine Steigerung der Gefahr, dass sich die EU selbst schon in ihre Einzelteile zerlegt. Deshalb bin ich für ein hohes Maß an Autonomie. Wir Deutsche leben mit dem Föderalismus gut – gerade in einer Stadt wie Bremen sage ich, wir sollten uns zum deutschen Föderalismus bekennen –, aber die Autonomie unserer Regionen hat Deutschland genützt. In Bayern gibt es Herrn Scharnagl, den früheren Chefredakteur des „Bayernkurier“, der ein Buch mit dem Titel „Bayern kann es auch allein“ veröffentlicht hat. Ich weiß nicht, ob Bayern es allein kann, aber ich fände es gut, wenn wir als Deutsche mit einem hohen Maß an regionaler Autonomie zusammenblieben.

Ich glaube, das ist auch durchaus sinnvoll für andere Länder. In Katalonien, das muss man hinzufügen, ist es besonders schwierig, weil die Beziehung der Spanier zu den Katalanen historisch stark belastet ist, hinzu kommt das Problem des Baskenlandes. Ich glaube nicht, dass es uns am Ende nutzt, wenn wir die Anzahl souveräner Staaten in Europa dramatisch erhöhen. Dennoch sollten wir auf die kulturelle Autonomie dieser Regionen mehr Rücksicht nehmen.

■ **Samuel Frey (Hermann Böse Gymnasium):** „In Vielfalt geeint“ wird oft als das Motto der Europäischen Union genannt. Kann diese Vielfalt nicht manchmal einer positiven Entwicklung, also einer Einigung im europäischen Sinne, entgegen stehen, zum Beispiel in Bezug auf die Sprachen, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erschweren können?

■ **Präsident Schulz:** Ich glaube, dass die Vielfalt kein Hindernis ist. Als ich in Ihrem Alter war, war ich ein glühender Verfechter der Vereinigten Staaten von Europa. Das

bin ich eigentlich immer noch, aber ich habe es mir immer so vorgestellt, als wären die Vereinigten Staaten von Europa eine Art USA auf europäischem Territorium. Ich habe im Lauf der Jahre feststellen müssen, dass es schwer ist, aus einem Franzosen einen Kalifornier oder aus einem Deutschen einen Texaner zu machen. Die nationale Identität ist nach wie vor in Europa stark und drückt sich natürlich auch über das kulturelle Erbe des Landes aus. Das kulturelle Erbe ist auch die Sprache. Ich glaube, dass die Sprachenvielfalt ein Stück des Reichtums unseres kulturellen Erbes ist, das wir durchaus verteidigen sollten.

Ich bin Präsident eines Parlaments, in dem es 23 Sprachen gibt. Das hindert uns nicht daran, effektiv zu arbeiten.

Ich bin Präsident eines Parlaments, in dem es 23 Sprachen gibt. Das hindert uns nicht daran, effektiv zu arbeiten. In unseren Arbeitsgruppen wird in der Regel Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch gesprochen, das funktioniert einwandfrei. Sagen wir einmal so, was bei uns als Englisch gesprochen wird – das muss ich jetzt einmal sagen –, ist ein sogenanntes Englisch. Es wird eben der Versuch unternommen, sich auf Englisch zu verständigen, und das funktioniert auch. In den Plenarsitzungen, den Ausschusssitzungen und den Sitzungen der parlamentarischen Fraktionen haben wir Übersetzungen. Das ist alles kein Problem.

Deshalb ist ein Sprachenproblem nicht das Hindernis für die Verwirklichung des Leitsatzes „In Vielfalt geeint“, sondern das sind ganz andere Fragen, nämlich ökonomische, finanzielle, politische Vorteilnahme, die man im Verhältnis zum anderen zu erreichen versucht. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir im Augenblick nicht in Vielfalt geeint, sondern in Zwietracht zerstritten sind. Deshalb wäre es schon ganz gut, wir würden zu diesem Leitsatz zurückkehren, und das notfalls in 23 Sprachen, aber Hauptsache, wird sind geeint.

■ **Kolja Gralla (Schulzentrum Utbremen):** Das Vereinigte Königreich unter Premier David Cameron möchte sich aus einzelnen gemeinschaftlichen Bereichen der EU, namentlich der Kooperation bei Justiz und Innerem, zurückziehen. Ist das der Anfang vom Ende der Staatengemeinschaft?

■ **Präsident Schulz:** Das sicher noch nicht, aber das geht ein Stück weiter. Das Vereinigte Königreich will aus der Justiz- und Polizeikooperation heraus. Das kann man vertragsrechtlich nur, wenn man aus der gesamten Polizei- und Justizkooperation ausscheidet. Was nicht geht: Ich trete erst einmal aus, dann schaue ich, was es so gibt; da kann ich mitmachen; und das gefällt mir nicht, da mache ich nicht mit.



„Können wir es uns leisten Großbritannien zu verlieren?“

Wenn wir das zulassen würden, wäre das der Beginn einer Destrukturierung der europäischen Zusammenarbeit, die dem Leitsatz „In Vielfalt geeint“ völlig widerspricht. Wenn sie heraus wollen, dann sollen sie herausgehen, daran werden wir sie nicht hindern können. Ich bin aber strikt gegen die Rosinenpickerei.

Ich bin deshalb strikt dagegen, weil das eben nach meiner Einschätzung die Gefahr der Zerstörung der Zusammenarbeit und damit notfalls auch der Anfang vom Ende der europäischen Integration sein könnten. Wenn ich es den Briten erlaube, wie kann ich es anderen Ländern verbieten?

■ **Moderatorin:** *Gibt es hierzu eine Zusatzfrage?*

■ **Miriam Schenk:** *Eine Gruppe unserer Schule war dieses Jahr bei dem Projekt „Euroscola“ in Straßburg, wo Klassen aus ganz Europa zusammengekommen sind und über politische Themen diskutiert haben. Dort hat im Plenarsaal ein griechischer Schüler gesagt, er halte die EU für nicht glaubwürdig, da sie hauptsächlich von Deutschland und Frankreich geleitet würde und kleinere Staaten keine wirkliche Stimmgewalt hätten. Was sagen Sie dazu?*

■ **Präsident Schulz:** Ich würde dazu sagen, dass er sich irrt. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind kleine Länder. Wir haben in Europa 27 Mitgliedsländer, und davon sind nur fünf richtig große, einwohnerstarke Länder: Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Polen! Alle anderen Länder – nehmen Sie einmal die drei baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland, nehmen Sie Österreich, nehmen Sie unsere Nachbarländer, die Tschechische Republik, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, nehmen Sie Malta, Zypern, Portugal, Dänemark, Finnland, Schweden – sind teilweise flächenmäßig große, aber einwohnermäßig relativ dünn besiedelte Länder. Das heißt, die Mehrheit der Mitgliedsländer der EU sind kleine und mittlere Länder. Innerhalb der Eurozone ist es so, dass Deutschland und Frankreich natürlich fast 50 Prozent der Wirtschaftskraft darstellen und deshalb darin eine starke, bestimmende Rolle haben, aber die kleinen und mittleren Länder spielen in der Europäischen Union eine bedeutende Rolle.

Die Frage ist – dahin gingen wahrscheinlich vom Gefühl her auch die Äußerungen dieses jungen Griechen, und das habe ich ganz am Anfang meiner Ausführungen schon einmal versucht zu erklären –: Warum sind wir Deutsche eine solidarische Nation, die so viel Geld verbürgt, aber in anderen Ländern wird es wahrgenommen, als würden wir anderen Ländern unseren Willen aufdiktieren? Dazu muss man zwei Dinge sagen. Wir Deutsche sollten strikt darauf achten, dass in Europa nicht der Eindruck entsteht, wir wollten Europa beherrschen, weil wir wirtschaftlich so stark

und so groß sind und weil dieser Klotz von 82 Millionen Menschen mitten in Europa – Deutschland ist ja auch geografisch das Relais zwischen Nord, Süd, Ost und West in Europa – die dominierende Macht ist. Wann immer Deutschland im Zentrum Europas für sich beansprucht hat, die dominierende Macht auf diesem Kontinent zu sein, ist es für Deutschland schlecht ausgegangen.

Deshalb ist es gut, wenn wir das sind, was der frühere Bundeskanzler Willy Brandt einmal gesagt hat: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“ – und zwar nach innen wie nach außen! Helmut Kohl hatte als deutscher Bundeskanzler den Leitsatz – ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich in dieser Frage einmal ein Kohl-Fan würde, ich bin ja von einer anderen politischen Partei als Helmut Kohl –: Die Deutschen müssen an der Seite der kleinen Länder stehen, denn die brauchen Schutz! Wenn Deutschland den Eindruck erweckt, es stünde nicht mehr an der Seite der kleinen Länder, dann entsteht ein solches Gefühl, wie es der junge Mann zum Ausdruck gebracht hat.

Ein bisschen hat er natürlich damals bei „Euroscola“ auch auf Angela Merkel und Nicolas Sarkozy angespielt. Das ist der Eindruck, den die beiden ja auch erweckt haben. Herr Sarkozy hat es im Wahlkampf übrigens auch gesagt, ich habe es gehört. „Le gouvernement de l’Europe, c’est Angela et moi.“ Also: „Die Regierung Europas, das sind Angela und ich.“ Dafür hat er Beifall bekommen, das fanden die Leute gut. Drei Sätze später hat er gesagt: „Aber Europa wird schlecht regiert!“ Da habe ich auch Beifall geklatscht!

Wenn also der Eindruck vermittelt wird, die zwei entscheiden allein und alle anderen haben zu folgen, dann ist das vor allen Dingen für Deutschland schlecht. Der junge Mann hat daher ein Gefühl ausgedrückt, das viele Leute haben, und wir sind gut beraten, gegen dieses Gefühl anzuarbeiten.

■ **Annika Raschen (Hermann Böse Gymnasium):** *Wir haben vorhin schon darüber gesprochen, dass wir eigentlich mehr europäische Gemeinschaft und Zusammenarbeit nötig haben und auch schon das Thema Großbritannien angesprochen. Die europakritische Meinung der Briten ist natürlich in den letzten Tagen vor allem in der Diskussion über den europäischen Haushalt immer deutlicher geworden. Wie wir schon gehört haben, versuchen sie, Kompetenzen aus der EU abzuziehen. Welche Position soll die EU denn jetzt gegenüber Großbritannien beziehen? Sollen wir weiterhin auf mehr Integration mit ihnen hinarbeiten, oder könnten wir es uns sogar leisten, Großbritannien möglicherweise zu verlieren, wenn das der britische Konsens sein sollte?*

■ **Präsident Schulz:** Wir sollten ihnen die Türen offenhalten. Wenn ich ihnen aber die Tür offenhalte, entscheiden sie, ob sie hindurchgehen. Ich habe den Eindruck,

dass Großbritannien nicht entschieden hat, ob es durch diese Türen, die offengehalten werden, gehen will. Zum Haushalt deshalb ganz konkret: Ich hatte vor etwa 14 Tagen ein Treffen mit Herrn Cameron, und er hat mir ziemlich klar gesagt: Entweder es gibt einen Kompromiss beim Haushalt auf der Grundlage unserer Zahlen, oder es gibt ein britisches Veto! Dann habe ich ihm gesagt: Nehmen Sie bitte Folgendes zur Kenntnis: Wenn es einen Kompromiss auf der Grundlage Ihrer Zahlen gibt, dann gibt es ein Veto des Europaparlaments. Aus! Wenn mir jemand sagt, ich verhandle gar nicht, hier sind meine Zahlen, friss oder stirb, dann muss ich ihm sagen, dass ich sie nicht nehme. So kann man nicht vorgehen. Im Unterhaus ist in der vergangenen Woche noch eine Abstimmung gelaufen, bei der ausgerechnet die Mitglieder meiner Partei - ich weiß nicht, was sie für einen Anfall hatten - noch radikalere Einschnitte gefordert haben. Das ist mit mir nicht zu machen.

Der Haushalt der Europäischen Union ist zum größten Teil ein Investitionshaushalt, den wir unbedingt brauchen, um gerade in den Krisenstaaten das Wachstum zu schaffen, über das wir eben diskutiert haben. Ich bin der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments, ich muss das mit den Präsidenten der anderen Institutionen, also mit Herrn Van Rompuy für die Regierung und Herrn Barroso für die Kommission, verhandeln. Ich bin in der Verhandlung ziemlich hart, weil ich glaube, dass man Unvernunft stoppen sollte. Ob wir Großbritannien verlieren werden, weiß ich nicht. Das entscheiden die Briten am Ende selbst.

Wenn jemand von vornherein sagt, dass es mit ihm keine Kompromisse gibt, dann kann er nicht erwarten, dass man darauf eingeht.

Über Eines muss man sich aber im Klaren sein: In einer Gemeinschaft kann es nicht so laufen, dass einer sagt, das sind meine Bedingungen, entweder ihr folgt oder ich lege alles still. In einer Gemeinschaft muss es Kompromisse geben. Wenn jemand von vornherein sagt, dass es mit ihm keine Kompromisse gibt, dann kann er nicht erwarten, dass man darauf eingeht. Deshalb fallen die Briten die Entscheidung am Ende selbst, ob Großbritannien ein europäisch orientiertes Land blei-

ben will. Sie entscheiden aber nicht darüber, ob die Europäische Union britisch oder gar nichts ist, das ist nicht die Frage, die auf der Tagesordnung steht. Die Frage ist, ob Großbritannien sich in den europäischen Geleitzug integrieren will oder nicht. Ich habe den Eindruck, dass es darüber früher oder später eine Volksabstimmung in Großbritannien geben wird.

■ **Annika Raschen (Hermann Böse Gymnasium):** *Ich habe noch eine Nachfrage zum Haushalt. Es sind ja nicht nur die Briten, die sagen, wir wollen den Haushalt nicht so, wie er ist, sondern auch andere Länder wie zum Beispiel Frankreich haben schon angekündigt, dass sie mit dem Haushalt, so, wie er verabschiedet werden soll, nicht einverstanden sind. Ist das ein Zeichen, dass die Länder nicht mehr bereit sind, Solidarität für Europa zu zeigen?*

■ **Präsident Schulz:** Nein, das ist ein Zeichen dafür, dass es über die Frage, wie viel Geld in den nächsten sieben Jahren ausgegeben werden soll, unterschiedliche Meinungen gibt. Nebenbei bemerkt sind es nicht die Franzosen, die so stark bremsen, sondern eher die Deutschen, die Niederländer und die Finnen. Frankreich ist ein bisschen hin- und hergerissen, weil es einerseits nicht mehr zahlen will, andererseits der Landwirtschaftshaushalt gerade für Frankreich von größter Bedeutung und der größte Einzelposten im EU-Haushalt ist. Ich habe darüber mit dem französischen Staatspräsidenten intensiv diskutiert. Ich kenne ihn seit vielen Jahren, also schon lange, bevor er Staatspräsident wurde, habe ein sehr gutes Verhältnis zu ihm und konnte es auch offen mit ihm besprechen.

Ich will Ihnen aber Folgendes sagen: Am 13. November haben mich 15 Regierungschefs der EU gebeten – sie nennen sich „Freunde der Kohäsion“; Kohäsion sind die Mittel, die in die Regionalentwicklung und die Sozialpolitik fließen –, ob ich in Brüssel ihr Gastgeber für eine Konferenz dieser 15 Länder, darunter Spanien, Portugal, Griechenland und Polen, sein will. Auf Einladung des portugiesischen Premierministers, Herrn Passos Coelho, und des Ministerpräsidenten Polens, Donald Tusk, wollen diese 15 Länder auch die Haushaltsberatungen untereinander vorbereiten und haben mich gefragt, ob ich ihr Gastgeber sein will. Das Gebäude des Ministerrats, also der Regierungen, ist auf der anderen Straßenseite. Sie wollen aber nicht dort tagen, sondern haben gefragt, ob sie im Europaparlament tagen dürfen. Das ist ein klares Signal dafür, dass diese 15 Länder bei der Haushaltspolitik eher auf der Seite des Europaparlaments stehen als auf der Seite der Länder, die Sie gerade genannt haben.

Worauf läuft das also hinaus? Es läuft darauf hinaus, dass zwischen den Nettozahlern und den Staaten, die aus dem EU-Haushalt mehr herausbekommen als sie einzahlen, ein Kompromiss erforderlich sein wird. In Deutschland ist es übrigens sehr ähnlich.



„Ich bin in der Verhandlung ziemlich hart, weil man Unvernunft stoppen sollte.“

Wir haben ja den sogenannten Länderfinanzausgleich, für den auch zwischen den Netozahlerstaaten und den Empfängerländern verhandelt werden muss. Wenn Großbritannien sich bewegt, könnte es einen Kompromiss geben, wenn Großbritannien bei dieser unbeweglichen Haltung bleibt – unsere Zahlen oder gar nichts –, dann wird es keinen Kompromiss geben und dann müssen wir einmal schauen. Dann haben wir vielleicht die nächste Krise.

■ **Till Schlechtweg (Schulzentrum Utbremen):** *Wolfgang Schäuble hat vor Kurzem seine Ideen für Umbauvorschläge in der EU dargelegt. Was bedeuten diese vor allem für das europäische Parlament? Sie würden ja gewissermaßen einem Kompetenzzuwachs gleichkommen. Kann Ihr Haus dies leisten?*

■ **Präsident Schulz:** Erstens finde ich es gut, dass Herr Schäuble das gesagt hat. Zweitens, ja, wir können das leisten.

■ **Kevin Neumeyer (Schulzentrum Utbremen):** *Besteht nicht auch die Gefahr, dass Abgeordnete des Europäischen Parlaments in eine Zweiklassengesellschaft rutschen, in der zwischen Abgeordneten der Eurozone, die über Währungspolitik mitentscheiden, und eben jenen, deren Länder die Konvergenzkriterien bisher nicht erfüllen?*

■ **Präsident Schulz:** Ich habe eben schon einmal etwas dazu gesagt. Die Länder – Großbritannien und Dänemark ausgenommen – sind verpflichtet, den Euro einzuführen. Die Maßnahmen, die die Eurostaaten heute beschließen, sind verbindlich für diejenigen, die in den Euro hinein wollen. Deshalb ist es logisch, dass die, die noch nicht darin sind, aber hinein wollen, durchaus mitabstimmen können. Das ist überhaupt kein Problem, weil sie über Regeln abstimmen, die auch für sie gültig sind.

Das bezieht sich nicht nur auf das Europäische Parlament. Die Frage, ob wir Abgeordnete über Themen mitabstimmen lassen, die ihre Länder gar nicht betreffen, bezieht sich auch auf die Mitglieder der EU-Kommission: Sind also die Kommissare aus diesen Ländern stimmberechtigt? Es bezieht sich auch auf die Richter am Europäischen Gerichtshof: Urteilt ein Richter aus einem Nicht-Euro-Land über eine Klage, die den Euro betrifft? Das ist eine Frage, die nicht nur das Europäische Parlament betrifft. Die Struktur der Mitwirkung oder Nicht-Mitwirkung von Euro- und Nicht-Euro-Staaten müssen wir insgesamt diskutieren, und dabei sind wir zurzeit.

■ **Jonas Bau:** *Da sich das Ganze hier dem Ende zuneigt, möchte ich erst einmal sagen, dass ich, dass wir sehr dankbar sind, dass Sie sich heute Zeit für uns genommen haben. Im Endeffekt stelle ich mir aber die Frage, ob Sie zu Zeiten der Eurokrise aufgrund Ihrer Position nicht wichtigere Termine haben, als Schulklassen in Bremen zu besuchen!*

■ **Präsident Schulz:** Dazu sage ich vielleicht in meinem Schlusswort etwas.

■ **Till Baldenius (Hermann Böse Gymnasium):** *Haben Sie Vorschläge, wie man die Kommunikation des EU-Parlaments mit den Bürgern stärken kann, sodass sie wirklich spüren, dass ihre Vorstellungen und Wünsche auch umgesetzt werden?*

■ **Präsident Schulz:** Ja, ich habe jede Menge Vorschläge dafür. Das ist eine der zentralen Aufgaben, die ich als Parlamentspräsident wahrnehmen muss. Das Europaparlament ist ein mächtiges Parlament, aber es wird nicht als solches wahrgenommen. Ich war viele Jahre Bürgermeister in einer kleinen Stadt im Rheinland, und wenn ich dort mit meinen Freunden diskutiere, sind sie immer sehr nett zu mir und sagen: Unser Martin ist jetzt ein sehr hohes Tier in Brüssel, aber was er dort so macht, wissen wir eigentlich gar nicht! Wenn ich dann mit ihnen diskutiere, stelle ich fest, dass sie mir immer zwei Dinge sagen. Erstens: Die meisten Gesetze kommen ja heute sowieso schon aus Brüssel! Das stimmt! Zweitens sagen sie aber im nächsten Satz: Ihr im Europaparlament habt überhaupt nichts zu sagen! Da sage ich immer: Das kann ja wohl nicht sein! Wenn die meisten Gesetze aus Brüssel kommen, wieso haben wir dann nichts zu sagen?

Jetzt will ich hier in aller Deutlichkeit etwas sagen: Das schafft man nicht, indem man immer nur nett und freundlich ist! Die Aufmerksamkeit von Menschen bekommt ein Parlament dann, wenn es Krach macht und den Regierungen sagt, dass sie nicht ohne es handeln können.

Zwischen den tatsächlichen Befugnissen des Europäischen Parlaments und der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit klafft eine große Lücke, und es ist die Aufgabe des Parlamentspräsidenten, den Versuch zu unternehmen, diese Lücke zu schließen. Jetzt will ich hier in aller Deutlichkeit etwas sagen: Das schafft man nicht, indem man immer nur nett und freundlich ist! Die Aufmerksamkeit von Menschen bekommt ein Parlament dann, wenn es Krach macht und den Regierungen sagt, dass sie nicht ohne es handeln können. Wir sind die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, und die Regierungen haben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Was das Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist, bestimmen wir in deren Auftrag. Deshalb bin ich ein Parlamentspräsident, der sich Mühe gibt, unangenehm für die Regierungschefs zu sein. Ich bin, glaube ich, nicht sehr populär bei den Regierungschefs der Europäischen Union. Das ist genau die Aufgabe, die ein Parlamentspräsident haben muss, um Aufmerksamkeit auf sein Parlament zu ziehen.



Schlussworte der Präsidenten

Präsident Schulz: Ich möchte mich gern erst einmal bei Ihnen, Frau Dr. Eckhardt und Frau Ramm, bedanken, und ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Präsident, für die außergewöhnliche Gelegenheit. Das ist auch für mich eine unwahrscheinlich wichtige Erfahrung. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren und liebe Schülerinnen und Schüler, für die zum Teil schwierigen Fragen. Ich bitte auch um Entschuldigung dafür, wenn die Fragen lückenhaft beantwortet wurden. Wenn Sie also im Politikunterricht von Ihrem Lehrer gesagt bekommen, da hat er aber irgendwie nicht so richtig, dann verteidigen Sie mich bitte, weil in der Politik auch der Mut zur Lücke notwendig ist. Man kann nicht jede Frage bis ins Detail beantworten.

Der Wohlstand, die Gerechtigkeit und die Friedfertigkeit kommen nicht wie der Strom aus der Steckdose, sondern man muss sie erarbeiten.

Ich habe versucht, in der Kürze und mit der notwendigen Präzision so gut ich konnte auf Ihre Fragen zu antworten, aber fast alle Fragen, die Sie aufgeworfen haben und für deren Qualität ich mich noch einmal ausdrücklich bedanken will, zielen im Prinzip auf eine zentrale Frage. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir vor wirklich gewaltigen Herausforderungen stehen. Der Wohlstand, die Gerechtigkeit und die Friedfertigkeit kommen nicht wie der Strom aus der Steckdose, sondern man muss sie erarbeiten.

Wir müssen uns vielleicht aber über Folgendes im Klaren sein: Sie sind eine Generation, die mit Kommunikationsstrukturen aufgewachsen ist, die ich, als ich so alt war wie Sie, nicht kannte. Als ich so alt war wie Sie, musste ich, wenn ich telefonieren wollte und meine Eltern es nicht hören sollten, in eine Telefonzelle gehen und 20 Pfennig einwerfen. Als ich so alt war wie Sie, gab es ein Sprichwort, das es auch heute noch gibt. Den niedrigsten Grad des Interesses, das man ausdrücken konnte, drückte man mit dem Satz aus: Das interessiert mich so viel, wie wenn in Peking ein Sack Reis umfällt! Wenn heute in Peking ein Sack Reis umfällt, wissen Sie das in der Sekunde, in der er umfällt, notfalls über Twitter oder was weiß ich welches soziale Netzwerk auch immer.

Sie leben in einer Epoche der Realzeit. Was in der Welt geschieht, wissen wir jetzt hier in diesem Moment. Das bedeutet, wir sitzen in dieser Welt in einem Boot. Egal, was auf der Welt passiert, es kann uns nicht mehr egal sein, weil wir in der vernetzten Welt, in der wir leben, alle davon betroffen sind. Wenn in Japan ein Atomkraftwerk explodiert, führt das in unserem Land zu einer Veränderung der Energiepolitik, und zwar mit großer Schnelligkeit. Erinnern Sie sich an die Tsunamikatastrophe, die wir in Realzeit miterleben konnten?

Wir leben in einer vernetzten Welt, und Sie sind die Generation, für die diese Vernetzung, dieses Zusammenleben mit anderen Teilen der Welt immer intensiver und schwieriger werden wird. Es wird immer schwieriger werden, sich darauf einzustellen. Die Dinge werden immer komplexer, schwerer durchschaubar und schwerer nachvollziehbar werden. Es wird komplizierter werden im 21. Jahrhundert. Die Instrumente zur Bewältigung haben wir.

Sie müssen den Mut besitzen, unsere Werte zu verteidigen. Diese Werte haben auf dem Kontinent, auf dem wir leben, einen Frieden und einen Wohlstand geschaffen, den es auf keinem anderen Kontinent dieser Welt gibt.

Eine Erfahrung, die ich in meinem Leben gemacht habe, werden Sie alle sicherlich auch machen, davon bin ich fest überzeugt. Je komplizierter es wird, desto größer ist der Wunsch, es möge doch einfach sein. Das kennen Sie doch alle aus der Schule! Das ist in der Politik genauso: Je komplizierter die Probleme werden, je weniger Lösungen es gibt – und zwar kurzfristige Lösungen –, desto mehr haben diejenigen Konjunktur, die den Menschen erzählen: Wenn wir nur an uns denken und uns die anderen egal sind, dann geht das! Das wirkt kurzfristig, weil es im heimischen Vorgarten richtig schön und gemütlich ist. Allerdings wird in der Welt, in der wir leben und in der Sie leben werden, der heimische Vorgarten zu klein sein, um die Probleme zu lösen. Deshalb müssen Sie den Mut besitzen, unsere Werte zu verteidigen. Unsere Werte sind Respekt voreinander, dass wir als Grundsatz haben, dass jeder Mensch auf dieser Welt das Recht auf sein Leben und seinen Glauben hat, dass niemand auf dieser Welt das Recht hat, seinen Glauben einem anderen aufzuzwingen, aber dass jeder die Pflicht hat, den Glauben des anderen zu respektieren, dass wir auf dieser Welt das Recht haben, als Menschen respektiert und nicht als Kostenfaktoren mit Ohren gesehen zu werden, dass Männer und Frauen auf dieser Welt gleichberechtigt sind, dass derjenige, der etwas getan hat, das nicht korrekt war, eine Chance bekommt, es besser zu machen, dass Menschen nicht getötet werden, weil der Staat sie töten will, dass Menschen nicht gefoltert werden, dass jemand, der acht Stunden arbeitet, einen Lohn bekommt, von dem er leben kann, und nicht sieben oder acht Jobs machen muss und das Geld dann immer noch nicht reicht, dass kein Volk besser ist als das andere, sondern dass wir uns alle auf gleicher Augenhöhe begegnen und dass keine Rasse besser ist als andere.

Diese Werte haben auf dem Kontinent, auf dem wir leben, einen Frieden und einen Wohlstand geschaffen, den es auf keinem anderen Kontinent dieser Welt gibt. Schlagen Sie die Zeitung morgens auf und lesen Sie, was auf den anderen Kontinenten los

ist! Lesen Sie über Afrika, Asien, übrigens auch über Lateinamerika, und dann werden Sie feststellen, dass es schon ein Privileg ist, in Europa zu leben! Dass wir dieses Privileg nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen, hängt nicht mehr von meiner Generation ab, sondern es hängt davon ab, ob Sie sich zum europäischen Gedanken bekennen und daran mitwirken wollen. Nichts ist garantiert, und es gibt keine Garantie, dass alles immer so bleibt wie es ist.

Nur die wenigsten Leute gehen in die Politik, aber die, die es tun – so wie ich oder der Präsident der Bremischen Bürgerschaft –, hängen als Demokraten davon ab, dass die Menschen, für die wir arbeiten, sich zu dieser Demokratie und diesen Werten bekennen und sagen: Das wollen wir und nichts anderes. Wenn Sie das beherzigen und mit Europa verbinden und wenn ich Sie ein Stück weit davon überzeugt habe, auf dem Weg mitzugehen, dann war das heute für mich vielleicht mein wichtigster Termin. Wenn ich Sie nicht überzeugt haben sollte, diesen Weg mitzugehen, dann denken Sie trotzdem noch einmal darüber nach. Vielen Dank!

Präsident Weber: Für mich war es heute eine Sternstunde in der Klärung von Politik. Bundespräsident Joachim Gauck hat gesagt, Europapolitik muss den Bürgerinnen und Bürgern, den Menschen, erklärt werden, damit sie sie verstehen können. Ich glaube, das ist hier in einer unglaublich beeindruckenden Weise geschehen. Ich habe mich noch nie so wohl gefühlt in Europa wie heute Morgen.

Sehr geehrter Herr Präsident Schulz, ich danke Ihnen sehr herzlich dafür. Es war eine tolle Stunde.



